

Anspruch und Wirklichkeit

Erzieherinnen sollen studieren, aber mehr Geld gibt es meistens nicht

Von Inge Michels

Als Erzieherinnen im Mai 2009 erstmals auf die Straße gingen, um auf die schlechten Arbeitsbedingungen in den Kitas und die mageren Löhne hinzuweisen, trafen sie bei den meisten Eltern auf Verständnis, obwohl diese kurzfristig andere Betreuungslösungen organisieren mussten. Es ist inzwischen unstrittig, dass Erzieherinnen zu einer Berufsgruppe gehören, bei der die gesellschaftlichen Erwartungen auf der einen Seite, Bezahlung und Arbeitsbedingungen auf der anderen weit auseinanderklaffen.

Vielfach reicht die Ausbildung an den Fachschulen nicht mehr aus, um den Anforderungen zu entsprechen, die im Zuge der bildungspolitischen Diskussionen an die frühe Förderung gestellt werden.

In dem Bemühen, den Beruf aufzuwerten und europäischem Standard anzugleichen, wurden an den Hochschulen die Studiengänge für Frühpädagogik ausgebaut. Noch ist die Diskussion um

eine Akademisierung der Ausbildung nicht abgeschlossen. Offen ist auch die Frage, wo die studierten Frühpädagogen eingesetzt werden können.

„Mit einem Einstiegsgehalt von durchschnittlich 2040 Euro brutto für eine Vollzeitstelle und kaum Aufstiegsmöglichkeiten ist der Beruf auch für Männer nach wie vor unattraktiv“, kommentiert Norbert Hocke, Vorstandsmitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW), die Bemühungen, den Beruf attraktiver zu machen.

Mehr Männer in die Kita

Jüngstes Beispiel: Mit dem zum Jahresbeginn gestarteten Modellprogramm „Mehr Männer in Kitas“ versucht Bundesfamilienministerin Kristina Schröder (CDU), männliche Rollenvorbilder in die Einrichtungen zu holen. Doch von einem Ansturm männlicher Bewerber kann keine Rede sein. Und demnächst fallen auch noch die Zivildienstleistenden weg – in vielen Betreuungs-

einrichtungen die einzigen männlichen Mitarbeiter.

Die Lage hat sich zugespitzt, seit die Bundesregierung in Vorbereitung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz für die unter Dreijährigen ab 2013 den Ausbau vorantreibt. Jedes einjährige Kind soll künftig einen Anspruch auf Betreuung haben.

40 000 zusätzliche Vollzeitstellen in Kindertageseinrichtungen sind zu besetzen. Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB), die Bildungsgewerkschaft GEW und die Dienstleistungsgewerkschaft Ver.di warnen vor einem Fachkräftemangel, der die Umsetzung des Rechtsanspruches gefährden könnte. Städte und Gemeinden wiederum fordern Nachbesserungen und zusätzliches Geld, weil sie den bisher angenommenen Bedarf für zu niedrig halten und befürchten, dem Ansturm der Eltern nicht gewachsen zu sein.

Die Zeche zahlen am Ende wahrscheinlich die Mütter und Väter selbst – mit höheren Gebühren für mehr Kita-Plätze und flexiblere Öffnungszeiten.